



**13. (II) Sitzung der Vertreterversammlung der
Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland
am 22. Juni 2017
in Leipzig**

Bericht von Herrn Udo Gebhardt

Vorsitzender des Vorstandes
der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland

- Es gilt das gesprochene Wort -



Sehr geehrte Mitglieder der Vertreterversammlung und des Vorstandes,
sehr geehrte Frau Dr. Ueberschär,
sehr geehrter Herr Bockting,
sehr geehrte Gäste,

beginnen möchte ich meinen aktuellen Bericht mit der sehr erfreulichen Nachricht,
dass die gesetzliche Rentenversicherung nach wie vor auf eine sehr solide
Finanzierung blickt.

Rentenanpassung

Dies zeigt sich auch in der in wenigen Tagen am 1. Juli stattfindenden
Rentenanpassung. Die Renten werden, nachdem sie bereits im vergangenen Jahr
in den alten Bundesländern um 4,25 Prozent gestiegen sind, um 1,9 Prozent
angepasst.

In den neuen Bundesländern betrug der Anpassungsfaktor im vergangenen Jahr
sogar 5,95 Prozent und aktuell zum 1. Juli 3,59 Prozent.

Damit ergeben sich preisbereinigt nach dem Jahr 2016 auch in diesem Jahr echte
Einkommenszuwächse bei den Rentnerinnen und Rentnern.

Gründe für diese erfreulichen Werte sind unter anderem die Entwicklung der
Bruttolöhne der Beschäftigten und die steigende Zahl an versicherungspflichtigen
Beschäftigungsverhältnissen.

Trotz dieser deutlichen Steigerungen wird der Beitragssatz mittelfristig mit 18,7
Prozent stabil bleiben.

Aktuelle Finanzsituation in der allgemeinen Rentenversicherung

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Basis der Rechnungsergebnisse der Rentenversicherung zum 30. April dieses
Jahres und den Ergebnissen der Finanzschätzung zu dieser Zeit möchte ich nun
detaillierter auf die aktuelle Finanzsituation und die voraussichtliche mittelfristige
Finanzentwicklung in der Rentenversicherung eingehen.



Lassen Sie mich aber kurz auf die letzten Jahre zurückblicken. So wurde der Beitragssatz zum 1. Januar 2015 von 18,9 Prozent auf 18,7 Prozent gesenkt. Nach den seinerzeitigen Prognosen sollte dieser bis zum Jahr 2020 konstant bleiben. Um dies zu gewährleisten, sollte die Nachhaltigkeitsreserve abgeschmolzen werden. Die erwarteten jährlichen Überschüsse der Aufwendungen über die Erträge sollten aus dieser gedeckt werden. Die gute konjunkturelle Entwicklung, verbunden beispielsweise mit gestiegenen Bruttolöhnen und Beitragsbemessungsgrenzen sowie weniger Arbeitslosen hat dazu geführt, dass die tatsächlich erzielten Rechnungsergebnisse in den letzten beiden Jahren immer besser ausfielen, als prognostiziert.

Die Nachhaltigkeitsrücklage wurde daher langsamer abgeschmolzen, als seinerzeit erwartet.

Wie sieht nun mit dieser guten Ausgangsposition die aktuelle Finanzlage zum 30. April 2017 aus?

Die anhaltend gute Konjunktur und weiter steigende Bruttolöhne in Deutschland haben auch in diesem Jahr bewirkt, dass die Gesamteinnahmen der Rentenversicherung gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 4 Mrd. 135,5 Mio. EUR gestiegen sind und nunmehr 95 Mrd. 947,9 Mio. EUR erreicht haben. Diese Entwicklung kommt zu rund 72 Prozent aus der Steigerung der Beitragseinnahmen.

Bei den Gesamtausgaben der Rentenversicherung für die Monate Januar bis April ist gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres allerdings ebenfalls eine deutliche Erhöhung zu verzeichnen. So liegen diese um 4 Mrd. 771,8 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau und betragen insgesamt 98 Mrd. 216,3 Mio. EUR. Diese Mehraufwendungen kommen zu rund 93 Prozent aus den Ausgaben für die Renten und die Krankenversicherung der Rentner. Hauptursache dafür ist die Rentenanpassung zum 1. Juli letzten Jahres, die ich bereits dargestellt hatte.

Nach wie vor ist es ein Anliegen der gesetzlichen Rentenversicherung, das Niveau der Aufwendungen für die Verwaltungs- und Verfahrenskosten niedrig zu halten. Im unterjährigen Vergleich zum Rechnungsergebnis des Vorjahres zeigt sich aber ein leichter Kostenanstieg um 57,5 Mio. EUR, der insbesondere der Tarifentwicklung geschuldet ist. Diese Verwaltungs- und Verfahrenskosten betragen in den ersten vier Monaten 1 Mrd. 286 Mio. EUR. Das sind ca. 1,3 Prozent der Gesamtausgaben.



Die Nachhaltigkeitsrücklage lag zum 30. April dieses Jahres noch bei 30,2 Mrd. EUR bzw. 1,45 Monatsausgaben. Sie musste zur Sicherung der bereits genannten Steigerung der Gesamtausgaben im Vergleich zum 30. April des Vorjahres um 2 Mrd. 363 Mio. EUR abgebaut werden.

Wie sieht nun die Prognose für die nächsten Jahre aus?

Laut Frühjahrsprojektion geht die Bundesregierung weiter von einer guten wirtschaftlichen Entwicklung aus. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute und die Bundesregierung erwarten für das gesamte Jahr 2017 eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes um 1,5 Prozent. 2018 könnten es sogar 1,6 Prozent werden. Dies bestätigen auch die neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zum Wirtschaftswachstum im I. Quartal 2017.

Die Anzahl der Beitragszahler soll bis zum Jahr 2021 kontinuierlich weiter steigen und dann etwa 38,6 Mio. betragen. Im Basisjahr der Frühjahrsprojektion 2016 waren es noch 37,3 Mio. Beitragszahler.

Die Prognose zur Zahl der Arbeitslosen wurde von der Bundesregierung zurückgenommen. So wird bis zum Jahr 2020 kein Anstieg mehr auf 3,1 Mio. erwartet.

Vielmehr geht man nach einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen um 140.000 vom Jahr 2016 zum Jahr 2017 auf nun 2 Mio. 551.000 von einer Konstanz bis zum Jahr 2021 aus.

Bei den Bruttolohn- und Gehaltssummen pro Arbeitnehmer werden die Zuwächse ebenfalls korrigiert und stehen nun mit 4,1 Prozent für das Jahr 2017 und 3,4 Prozent für die Jahre 2018 bis 2021 in der Prognose.

Aus der Steuerschätzung vom Mai 2017 ergibt sich ein weiterer positiver Aspekt für die Finanzierung der Rentenversicherung. Durch die Bindung des zusätzlichen Bundeszuschusses an die Veränderung eines Prozentpunktes des Umsatzsteueraufkommens erhöhen sich die Zahlungen im Zeitraum 2018 bis 2021 um 319 Mio. EUR.

Dies alles sind, sehr geehrte Damen und Herren, sehr positive Annahmen. Wie wirken sich nun diese auf die Finanzierung der Rentenversicherung aus?



Seit dem Jahr 2015 verläuft trotz beachtlicher Leistungsverbesserungen bei den Renten die Finanzentwicklung besser, als sie vorher prognostiziert worden ist. So ist man in der Vorausschau 2015 noch davon ausgegangen, dass die Nachhaltigkeitsreserve bis zum Jahr 2020 auf 7,1 Mrd. EUR bzw. 0,31 Monatsausgaben abgeschmolzen sein wird. Für das Jahr 2021 wurde deshalb eine Beitragssatzerhöhung auf 19,3 Prozent prognostiziert.

Dank der guten konjunkturellen Entwicklung und der Zuwächse bei den Beitragseinnahmen können wir heute davon ausgehen, dass die Rentenversicherung bis zum Jahr 2021 mit dem heutigen Beitragssatz von 18,7 Prozent auskommen wird. Die Nachhaltigkeitsrücklage wird langsamer abgeschmolzen werden müssen und zum Ende des Jahres 2021 voraussichtlich noch 12,4 Mrd. EUR betragen.

Die Beitragssatzerhöhung kann auf das Jahr 2022 verschoben werden. Nach den vorliegenden Schätzungen muss sie auch nicht 0,6 Prozent, sondern nur 0,4 Prozent betragen.

Finanzierungsprobleme dürfte es im Betrachtungszeitraum bis zum Jahr 2021 in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich finde, dies ist eine sehr erfreuliche Entwicklung, die die Deutsche Rentenversicherung in den letzten Jahren genommen hat bzw. prognostiziert wird.

Benchmarking

Mindestens genauso erfreulich ist die tolle Entwicklung, die die DRV Mitteldeutschland seit der letzten Sozialwahl im Benchmarking, das heißt im bundesweiten Vergleich der Rentenversicherungsträger, genommen hat.

Beispielsweise belegte der mitteldeutsche Träger im Jahr 2012 bei der Produktivität der Inlandsrentensachbearbeitung mit 61 Erledigungen pro Mitarbeiter noch den 16. und damit letzten Platz im Benchmarking. Im letzten Jahr kamen auf einen Mitarbeiter bereits 101 Erledigungen, was dem 4. Platz entspricht.



Eine ähnlich gute Entwicklung zeigt sich auch bei der Produktivität der Teilhabesachbearbeitung. Gestartet wurde hier 2012 auf dem 11. Platz mit 304 Erledigungen. Letztes Jahr konnte mit 392 Erledigungen pro Mitarbeiter ein sehr guter zweiter Platz im bundesweiten Trägervergleich erreicht werden. Über die weiteren Ergebnisse wird Sie Frau Dr. Ueberschär im Bericht des Geschäftsführers informieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der zu Ende gehenden Wahlperiode der Selbstverwaltung hat die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland, das kann man so sagen, eine gewaltige Entwicklung genommen. Sie ist im Benchmarking bei der Produktivität vom letzten Platz bzw. von hinteren Rängen auf vordere Plätze aufgerückt. Das ist ein herausragendes Ergebnis, welches hier in Mitteldeutschland von allen Mitarbeitern gemeinsam erreicht wurde. Hierauf kann und hierauf sollte jeder Einzelne stolz sein! Nicht nur ich, sondern auch der Vorstand freut sich über diese Arbeitsergebnisse.

Im Namen des Vorstandes und der Vertreterversammlung möchte ich mich ausdrücklich bei den Mitarbeitern, den Führungskräften und der Geschäftsleitung für die erfolgreichen Anstrengungen der letzten Jahre bedanken. Diese Entwicklung zeigt, dass auch die von der Selbstverwaltung getroffenen Entscheidungen richtig waren und die seinerzeit entwickelten, durchaus sehr ambitionierten sowie kontrovers diskutierten Ziele in vielen Punkten erreicht werden konnten.

Rehabilitationsklinik Seebad Ahlbeck GmbH und Bad Colberg Kliniken GmbH

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte nun ein Thema aufgreifen, welches Sie weitgehend die letzten sechs Jahre über begleitet hat. Ich spreche von der Rehabilitationsklinik Seebad Ahlbeck GmbH und der Bad Colberg Kliniken GmbH.

Bei der Bad Colberg Kliniken GmbH hat es seit der letzten Sitzung der Vertreterversammlung weitere Entwicklungen gegeben. Ich hatte Ihnen damals berichtet, dass nach sehr intensiven Verhandlungen im letzten Jahr die Klinik Bad Colberg an die MEDIAN Unternehmensgruppe verkauft worden ist. Berichtet hatte ich Ihnen auch, dass der Geschäftsbetrieb im September letzten Jahres von den



Dengg-Kliniken auf die MEDIAN Unternehmensgruppe übergegangen ist und die Rehabilitationsklinik Bad Colberg nunmehr den Namen MEDIAN Klinik Bad Colberg trägt.

Nach dem Verkauf der Klinik musste die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland leider empfindliche finanzielle Verluste in den Rechnungsergebnissen 2016 darstellen. Dies betraf Buchverluste bei den Grundstücken und Gebäuden sowie durch den Darlehensausfall an Zins und Tilgung.

Mit dem Wirksamwerden des geschlossenen Vergleiches mit der Landesbank Hessen-Thüringen als zweiten Hauptgläubiger waren sowohl deren, als auch die Forderung der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland aus den Darlehensvergaben zurückzunehmen. Nach deren Rücknahme war der Weg für den Insolvenzverwalter frei, die Forderungen der Kleingläubiger aus der Insolvenzmasse zu 100 Prozent zu befriedigen. Dies ist Anfang 2017 erfolgt.

Am 7. März dieses Jahres hat der Geschäftsführer der Bad Colberg Kliniken GmbH beim zuständigen Amtsgericht Meiningen die Einstellung des Insolvenzverfahrens beantragt.

In seinem am 27. April dieses Jahres gegebenen Schlussbericht stimmte der Insolvenzverwalter der Einstellung des Verfahrens, wie beantragt, zu.

Es wird davon ausgegangen, dass auch das Amtsgericht der beantragten Einstellung zustimmen wird.

Danach ist durch die Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland über weitere Schritte zur Umsetzung des Bescheides der Aufsichtsbehörde vom 14. November 2011 zu entscheiden, der die Verpflichtung zur Trennung von der bestehenden Beteiligung zum Inhalt hat.

Im Falle der Liquidation der Bad Colberg Kliniken GmbH wären in den Rechnungsergebnissen des mitteldeutschen Rentenversicherungsträgers weitere Verluste auszuweisen.

Auch wegen der Höhe der entstehenden Verluste befasst sich der Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages noch immer mit der Angelegenheit. Er hat dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz die Aufgabe gestellt, detailliert alle unternommenen Schritte zur wirtschaftlichen Genesung der Bad Colberg Kliniken GmbH aufzuzeigen, die seit Inbetriebnahme der Rehabilitationsklinik Bad Colberg unternommen worden sind. Der Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages legt dabei den



Fokus auf die Erkennbarkeit möglicher Fehler, die Schadenersatzansprüche nach sich ziehen könnten. Das Staatsministerium hat verlauten lassen, dass es keine Fehler erkannt hat, die relevant für eine Schadenersatzprüfung sein könnten.

Der nächste Termin beim Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages wird morgen, am 23. Juni, sein. Frau Dr. Ueberschär wird an dieser Sitzung voraussichtlich teilnehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Rehabilitationsklinik Seebad Ahlbeck GmbH ist dagegen die wirtschaftliche Situation weiterhin stabil. Die Tilgung des von der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland gewährten Darlehens erfolgt problemlos und jährlich zu den jeweils zwei festgelegten Tilgungsterminen. Darüber hinaus konnte bisher jedes Jahr eine Sondertilgung vorgenommen werden.

Die durchgeführten baulichen Maßnahmen erfolgen derzeit unter Einhaltung der geplanten finanziellen Mittel und der seit dem Jahr 1999 laufende Pachtvertrag mit dem Betreiber der Klinik läuft noch bis zum 31. Dezember 2020.

Im Klageverfahren gegen den Freistaat Sachsen zur Beteiligung an der Rehabilitationsklinik Seebad Ahlbeck GmbH ist noch immer kein Fortschritt zu verzeichnen. Auf Nachfrage beim Landessozialgericht wurde mitgeteilt, dass die geplante mündliche Verhandlung nunmehr auf Mitte des Jahres orientiert ist. Damit bleiben weiterhin der Verfahrensausgang und die Zulassung der Revision zum Bundessozialgericht abzuwarten.

Rückblick Wahlperiode

Sehr geehrte Damen und Herren,

die heutige 13. Sitzung der Vertreterversammlung ist eine besondere Sitzung. Sie ist die letzte Sitzung in der zweiten Wahlperiode unseres fusionierten Rentenversicherungsträgers. In den letzten 12 Jahren wurde hier in Mitteldeutschland eine Fusion von drei völlig unterschiedlich arbeitenden



Rentenversicherungsträgern gemeistert. Viele von Ihnen, wie auch ich, waren seinerzeit skeptisch, ob dies gelingen kann. Heute kann ich feststellen, die Fusion war der richtige Schritt zur richtigen Zeit und sie war erfolgreich!

Dies belegt eindrucksvoll die Entwicklung, welche die Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland in den letzten Jahren genommen hat. Von den hervorragenden Ergebnissen im Benchmarking in dieser Wahlperiode der Selbstverwaltung habe ich Ihnen bereits berichtet. Gelungen ist es zudem, sozialverträglich, das heißt ohne betriebsbedingte Kündigungen oder kollektive Arbeitszeitverkürzungen, das Personal zu reduzieren. Zum Fusionszeitpunkt und in den Folgejahren zeichneten sich Personalüberhänge ab, die nunmehr im Wesentlichen abgebaut sind. Die damit im Zusammenhang stehenden Fragen standen in der endenden Wahlperiode auch noch im Fokus der Diskussionen in den Sitzungen der Organe.

In der nächsten Wahlperiode der Selbstverwaltung wird das Haus vor anderen Problemen stehen als in den letzten 12 Jahren. Die Diskussionen hierzu haben in den letzten beiden Jahren bereits begonnen. Man wird sich mit der Frage weiter auseinandersetzen müssen: Wieviel Personal benötige ich mittelfristig?

Die Digitalisierung, die Arbeit 4.0 werden derzeit überall diskutiert und haben auch die Rentenversicherung längst erreicht.

Man wird Fragen zur Wiederbesetzung von ausscheidenden Mitarbeitern, zu Standortschließungen, zur Gewinnung von ausreichend Nachwuchskräften oder zur Nachfolge von Führungskräften beantworten müssen. Dies sind Fragen, die in den vergangenen 12 Jahren nur eine untergeordnete Rollen spielten, weil ausreichend Personal oder Bewerbungen vorhanden waren. Hier steht das Haus, hier steht die Selbstverwaltung vor anderen großen Herausforderungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

am Ende einer Wahlperiode ist immer ein guter Zeitpunkt, um ein Resümee zu ziehen. Ich hatte damit gerade begonnen.

Erinnern möchte ich hierzu an Entscheidungen und Diskussionen, die in den letzten 6 Jahren auf den Tagesordnungen der Sitzungen des Vorstandes und der Vertreterversammlung standen.

So zum Beispiel an



- die Weiterentwicklung des Servicenetzes des Auskunft- und Beratungsdienstes, welches zu einer Standortreduzierung führte,
 - den Schlussbericht des Bundeswahlbeauftragten zu den Sozialversicherungswahlen 2011,
 - die Entscheidungen über das weitere Vorgehen zur Bad Colberg Kliniken GmbH und zur Rehabilitationsklinik Seebad Ahlbeck; Hierzu hatte ich Ihnen bereits den aktuellen Sachstand erläutert.
-
- die Zukunft der Berufsförderungswerke in Mitteldeutschland.
 - Personalbedarfsermittlungen in der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland,
 - die Änderung des Fusionsvertrages und die umfassenden Diskussionen mit den ehemaligen Aufsichtsbehörden,
 - Strategien zur Unternehmensentwicklung der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland einschließlich der Festlegung der Unternehmensziele,
 - das Sitzungsinformationssystem für die Selbstverwaltung, dessen Test schon begonnen hat,
 - die Änderung der Satzung der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland,
 - das Ergebnis der trägerübergreifenden Arbeitsgruppe „Arbeitsplatz der Zukunft“,
-
- die Automatisierung von Prozessen in der Leistungsbearbeitung,
 - die mittelfristige Ausbildungsplanung unter Beachtung der Demografie und der Organisationsentwicklung,
 - das Standortkonzept 2030 der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland,
 - das Vergaberechtsmodernisierungsgesetz in Bezug auf die Ausschreibung von Rehabilitationsleistungen oder nicht-selektive Zulassungsverfahren sowie
 - die Entscheidung über die Zuwendungsrichtlinie bzw. die Belegung von Rehabilitationskliniken.



Rückschauend betrachtet kann ich einschätzen, dass die vergangene Wahlperiode von Diskussionen zu einer Vielzahl verschiedener Themen geprägt war. Diese Diskussionen wurden von beiden Gruppen trotz zum Teil unterschiedlicher Standpunkte sachlich und zielorientiert geführt, um das gemeinsame Ziel, die Weiterentwicklung des Trägers „Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland“ zu erreichen. Hierfür möchte ich mich ausdrücklich bei allen Beteiligten bedanken. Dies ist nicht immer selbstverständlich.

Dank unseres gemeinsamen Wirkens ist der mitteldeutsche Rentenversicherungsträger ein modernes, leistungsfähiges und kundenorientiertes Dienstleistungsunternehmen für drei Bundesländer. Dazu haben wir alle, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Geschäftsleitung und die ehrenamtlichen Selbstverwalter in der Vertreterversammlung und im Vorstand, unseren Beitrag geleistet.

Nicht alles konnte in dieser Legislaturperiode abschließend diskutiert und abgeschlossen werden. Das weitere Vorgehen geben wir nun vertrauensvoll in die Hände der neuen Selbstverwaltung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die nun endende Wahlperiode war aber auch geprägt von einem Umdenken in Fragen der Rentenpolitik. Sie alle werden sich noch an das im Sommer 2014 beschlossene Rentenversicherungsleistungsverbesserungsgesetz erinnern. Dieses brachte die abschlagsfreie Rente ab Vollendung des 63. Lebensjahres, die sogenannte Mütterrente und Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente. Dieses Gesetz brachte erstmalig seit der Wiedervereinigung Deutschlands wirkliche Leistungsverbesserungen für die Versicherten und Rentner.

Ich finde, dieses Umdenken war ein wichtiger und richtiger Schritt. Diskutiert werden derzeit für die Rentenversicherung elementare Punkte wie die Stabilisierung des Rentenniveaus oder die Angleichung der Ost-Renten an das Westniveau bis 2025. Wir werden abwarten müssen, welche Entscheidungen von der Politik getroffen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,



in den letzten sechs Jahren haben aber nicht nur die Selbstverwaltungsorgane und deren Ausschüsse weitreichende Aufgaben wahrgenommen. Hervorzuheben ist auch die Arbeit der Mitglieder der Widerspruchsausschüsse und der Versichertenältesten.

Tätigkeit der Versichertenältesten

Die Entscheidungen des Vorstandes zur Neuausrichtung unseres Beratungsstellennetzes sowie das Inkrafttreten des Rentenversicherungsleistungsverbesserungsgesetzes gingen auch an den Versichertenältesten nicht spurlos vorbei. Sie beraten ergänzend zu den Auskunft- und Beratungsstellen die Versicherten und Rentner vor Ort. Durch die Schließungen von Beratungsstellen in den vergangenen Jahren werden sie verstärkter aufgesucht. Auch können wir feststellen, dass sich die erst nach der Fusion für die Region Sachsen neugewählten Versichertenältesten sehr gut in ihren Wahlbezirken etabliert haben.

Die stetig wachsenden Beratungen und Antragsaufnahmen bezeugen dies.

So wurden beispielsweise im Jahr 2012 von 134 Versichertenältesten ca. 29.625 Beratungen durchgeführt sowie ca. 8.120 Renten- und Kontenklärungsanträge aufgenommen.

Trotz einer geringeren Zahl von 121 Versichertenältesten sind im Jahr 2016 die Beratungen auf ca. 33.670 gestiegen. Das sind 4.045 mehr als noch 2012. Die Zahl der aufgenommenen Anträge stieg in diesem Zeitraum ebenfalls um 1.840 auf ca. 9.960.

Die Zahlen belegen eindrucksvoll, die Versichertenältesten sind ein unverzichtbarer Bestandteil des mitteldeutschen Rentenversicherungsträgers und eine gute Ergänzung des Beratungsstellennetzes.

Tätigkeit der Widerspruchsausschüsse

Bei der Tätigkeit der Mitglieder der Widerspruchsausschüsse, meine sehr geehrten Damen und Herren, zeigt sich in dieser Wahlperiode ein etwas anderes Bild als bei den Versichertenältesten. Im vergangenen Jahr haben die 102 ehrenamtlichen Mitglieder über 19.073 Fälle in 408 Sitzungen entschieden. Damit lag die Fallzahl



um etwa 2.610 unter denen von 2012. Allerdings dürfen hierbei zwei wesentliche Punkte nicht unerwähnt bleiben. Zum einen wurden im Jahr 2006 noch 13.600 Fälle in den Widerspruchsausschüssen verhandelt. Zum anderen stieg diese Zahl zwischenzeitlich in den Jahren 2011 und 2012 auf über 21.900. Dies zeigt, dass nach wie vor eine hohe Belastung der Widerspruchsausschussmitglieder vorliegt und ein hohes Engagement für diese Tätigkeit erforderlich ist.

Ich finde, es sind hervorragende Leistungen, die die ehrenamtlich Tätigen – ob als Versichertenältester oder als Mitglied des Widerspruchsausschusses – in den letzten Jahren erbracht haben.

Diese verdienen unsere Anerkennung und unseren ausdrücklichen Dank.

Anerkennung und der Dank gebührt aber auch den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in unserer Rehabilitationsklinik in Göhren. In diesem Jahr hat unsere Klinik ihren 20. Geburtstag gefeiert. Bei der Festveranstaltung und anlässlich von Klausurtagungen des Vorstandes konnte ich mir ein eigenes Bild von der Klinik machen. Ich konnte mich davon überzeugen, dass dort tagtäglich eine sehr gute Arbeit geleistet wird. Dies belegen eindrucksvoll die Qualitätsauswertungen, bei denen die Klinik stets obere Plätze belegt.

Verabschiedung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich selbst möchte mich heute von Ihnen verabschieden und danke Ihnen für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Die Arbeit als Vorstandsvorsitzender war eine große Herausforderung.

Ich habe in all den Jahren die gute Zusammenarbeit mit Ihnen immer sehr geschätzt und werde mich an diese Zeit gern zurückerinnern.

Für Ihre Zukunft wünsche ich Ihnen alles erdenklich Gute, vor allem aber Gesundheit. Mögen Sie bei den vor Ihnen liegenden Entscheidungen immer das richtige „Händchen“ zum Wohle der Versicherten und Rentner der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland haben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!